

Nomos PRAXIS

Herbe | Palsherm

Die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende

Vom Bürgergeld zum Grundsicherungsgeld



Nomos

Nomos**PRAXIS**

Prof. Dr. Daniel Herbe

Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg

Prof. Dr. Ingo Palsherm

Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm

Die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende

Vom Bürgergeld zum Grundsicherungsgeld



Nomos

Zitiervorschlag: Palsherm/Herbe Die neue Grundsicherung/Bearbeiter § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3784-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-6878-8 (ePDF)

1. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Nach der Reform ist bekanntlich vor der Reform. Dies gilt auch und gerade für das System der Grundsicherung, welches die sog. „Ampelkoalition“ zum 1. Januar/1. Juli 2023 durch das Bürgergeld-Gesetz reformiert hatte. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung „im Inneren“ und „von außen“ wird die Empfindlichkeit der Gebilde des deutschen Sozialstaates sichtbar.

Die Regierung der seit dem 6. Mai 2025 amtierenden Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sich angesichts der schwierigen konjunkturellen Entwicklung, des hohen wirtschaftlichen Transformationsbedarfs und des sog. demografischen Wandels auch im Koalitionsvertrag unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ zum Ziel gesetzt, das Verhältnis zwischen Solidarität und Eigenverantwortung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten neu auszubalancieren, um so einen starken Sozialstaat zu erhalten. Der Gesetzgeber hat am 5. März 2026 beschlossen, das SGB II durch das 13. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze zu reformieren und umzugestalten. Das Element des Forderns – der Eigenverantwortung – soll verstärkt aktiviert und in den Blick genommen werden. Beispielsweise wird der Vorrang der Vermittlung stärker betont, durch Verschärfung der Leistungsminderungen die Pflicht zur Mitwirkung im Rahmen der Zumutbarkeit beim Einsatz der Arbeitskraft verdeutlicht und Termintreue bei der Erreichbarkeit eingefordert sowie beim Eingliederungsprozess die Unterstützung von Langzeitleistungsbeziehenden nach § 16e SGB II erleichtert werden.

Das vorliegende Handbuch schließt nahtlos an das Handbuch der Autoren „Das neue Bürgergeld“ vom Januar 2023 an und will wiederum das neue Recht der Grundsicherung für Arbeitssuchende und die komplexen Veränderungen der terminologisch von Bürgergeld zu Grundsicherungsgeld transformierten Regelleistung verständlich erklären. Es bleibt bei der bewährten sowie leicht und übersichtlich handhabbaren synoptischen Gegenüberstellung von alter und neuer Rechtslage, an die sich die detaillierten Erläuterungen anschließen. So können zielgerichtet und leicht auffindbar die neuen Strukturen herausgearbeitet sowie das neue Recht erläutert, eingeordnet und zum besseren und leichten Verständnis mit lebensnahen Beispielen angereichert vermittelt werden.

In der Synopse des Gesetzeswortlauts, der in weiten Teilen ab dem 1. Juli 2026 Rechtskraft erlangt, sind die Neuerungen zum bisherigen Wortlaut durch den Regierungsentwurf des 13. Änderungsgesetzes in Kursivdruck gesetzt, wegfallende Regelungen sind durchgestrichen und Änderungen im laufenden Gesetzgebungsverfahren durch die Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales sind unterstrichen.

Dabei verantwortet Herr Prof. Dr. Herbe die Ausführungen in den §§ 2–4, 7–8, 12–13 und Herr Prof. Dr. Palscherm die Ausführungen in den §§ 5–6, 9–11, 14.

Daniel Herbe und Ingo Palscherm

Coburg und Nürnberg im April 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	17
§ 1 Einleitung	19
§ 2 Das System der Grundsicherung und die Reform des SGB II	22
A. Das System der Grundsicherung	22
B. Die Reform des SGB II seit dem Bürgergeld-Gesetz 2023	22
I. Kritik aus der Politik (CDU/CSU, FDP, AfD)	22
II. Kritik der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände	23
III. Kritik aus Wissenschaft und Arbeitsmarktforschung	24
IV. Sozialverbände und Wohlfahrtsorganisationen	24
V. Rechtsprechung	25
§ 3 Themen der Reform	27
§ 4 Einführung des neuen Grundsicherungsgeldes	28
A. Grundlegendes	28
I. Weiterentwicklung des Grundsicherungsrechts	28
II. Reform auf mehreren Ebenen	29
1. Änderung der Terminologie – Ersetzung des Begriffs Bürgergeld durch den Begriff Grundsicherungsgeld	29
2. Erläuterungen und Hinweise	34
B. Fördern und Fordern (§ 2 SGB II)	35
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	35
II. Erläuterungen und Hinweise	35
C. Leistungsgrundsätze (§ 3 SGB II)	36
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	36
II. Erläuterungen und Hinweise	38
D. Erreichbarkeit (§ 7b SGB II)	40
I. Bisherige Struktur und Reform nach dem Grundsicherungsgeld-Gesetz	40
II. Erläuterungen und Hinweise	41
E. Zumutbarkeit (§ 10 SGB II)	44
I. Bisherige Struktur und Reform nach dem Grundsicherungsgeld-Gesetz	44

II. Erläuterungen und Hinweise	46
§ 5 Vermögen (§ 12 SGB II)	49
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	49
B. Erläuterungen und Hinweise	53
I. Staffelung der Vermögensfreibeträge nach Lebensalter (§ 12 Abs. 2 SGB II)	53
II. Abschaffung der Karenzzeit (§ 12 Abs. 3, 4 und 6 SGB II aF) ...	55
III. Sonstige Änderungen in § 12 SGB II	56
§ 6 Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (§§ 14, 15, 15a, 16, 16d, 16e, 16f, 16h SGB II)	57
A. Grundlegendes zur „Idee der Reform“ im Hinblick auf eine Eingliederung in Arbeit	57
B. Grundsatz des Förderns (§ 14 SGB II)	59
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	59
II. Erläuterungen und Hinweise	60
C. Potenzialanalyse und Kooperationsplan (§ 15 SGB II)	62
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	62
II. Erläuterungen und Hinweise	65
1. Potenzialanalyse (§ 15 Abs. 1 SGB II)	65
2. Vorgaben für die Gestaltung des Kooperationsplans (§ 15 Abs. 2 SGB II)	66
3. Persönliche Beratung im Jobcenter (§ 15 Abs. 4 SGB II)	70
4. Streichung von § 15 Abs. 5 und 6 SGB II aF	71
D. Verpflichtung (§ 15a SGB II)	71
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	71
II. Erläuterungen und Hinweise	73
1. Nichtwahrnehmung der Einladung zu einem Gespräch (Abs. 1 und Abs. 4)	74
a) Erforderliche Eigenbemühungen	77
b) Zumutbare Arbeit, Ausbildung oder gefördertes Arbeitsverhältnis	80
c) Teilnahme an einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit, an einem Integrationskurs oder an einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung	81

2. Nichterbringung von Schritten aus dem Kooperationsplan (Abs. 2)	82
3. Nicht-Zustandekommen und Nicht-Fortschreibung des Kooperationsplans (Abs. 3)	84
E. Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II)	86
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	86
II. Erläuterungen und Hinweise	87
F. Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II)	89
G. Eingliederung von Langzeitleistungsbeziehenden (§ 16e SGB II)	89
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	89
II. Erläuterungen und Hinweise	91
1. Voraussetzung der Leistung zur Eingliederung von Langzeitleistungsbeziehenden	91
2. Höhe und Dauer des Lohnkostenzuschusses	93
H. Freie Förderung (§ 16f SGB II)	94
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	94
II. Erläuterungen und Hinweise	95
1. Voraussetzungen der Leistungen zur Freien Förderung	95
2. Ausgestaltung der Leistung	98
I. Förderung schwer zu erreichender junger Menschen (§ 16h SGB II)	101
I. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	101
II. Erläuterungen und Hinweise	102
§ 7 Leistungsanspruch auf Grundsicherungsgeld einschließlich Unterkunftskosten, abweichende Leistungserbringung und weitere Leistungen (§§ 19, 22, 23, 24, 26, 27 SGB II)	106
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld- Gesetz (Bedarfe für Unterkunft und Heizung, § 22 SGB II)	106
B. Erläuterungen und Hinweise	110
§ 8 Leistungsminderungen (§§ 31, 31a, 31b, 32 SGB II)	114
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld- Gesetz	114
B. Erläuterungen und Hinweise	117

§ 9 Zuständigkeiten und Verfahren (§§ 40, 40a, 41a, 42a, 43 SGB II)	124
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	124
B. Erläuterungen und Hinweise	126
I. Vorläufige Entscheidung über die Leistung	126
II. Aufrechnung	128
§ 10 Einheitliche Entscheidung (§ 44f SGB II)	131
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	131
B. Erläuterungen und Hinweise	131
§ 11 Datenverarbeitung (§§ 50b, 52 SGB II)	134
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	134
B. Erläuterungen und Hinweise	134
§ 12 Auskunfts-, Mitwirkungs- und Nachweispflichten Dritter (§§ 60–65 SGB)	138
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	138
B. Erläuterungen und Hinweise	144
§ 13 Übergangsregelungen aus Anlass des Grundsicherungsgeld-Gesetzes (§ 65a SGB II)	147
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	147
B. Erläuterungen und Hinweise	147
§ 14 Änderungen des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (§§ 9b, 10, 22, 27, 28b, 31a, 31b, 48a, 368, 368a, 460 SGB III)	149
A. Bisherige Struktur und Reform durch das Grundsicherungsgeld-Gesetz	149
B. Erläuterungen und Hinweise	151
I. Allgemeines zum Hintergrund der Änderungen im SGB III	151
II. Zusammenarbeit der für die Förderung junger Menschen wichtigen Beteiligten (§ 9b SGB III)	152
III. Jugendberufsagentur (§ 10 SGB III)	156
1. Begriff und Zweck der Jugendberufsagentur (§ 10 Abs. 1 S. 1 SGB III)	156
2. Beteiligte an der Jugendberufsagentur (§ 10 Abs. 1 S. 1 SGB III)	157

3.	Verpflichtung zum Hinwirken auf Jugendberufsagenturen (§ 10 Abs. 1 S. 2 SGB III)	157
4.	Art und Weise der Zusammenarbeit in der Jugendberufsagentur (§ 10 Abs. 2 und 3 SGB III)	158
IV.	Umfassende Beratung (§ 28b SGB III)	160
1.	Umfassende und nachhaltige Beratung junger Menschen (§ 28b Abs. 1 SGB III)	161
2.	Beratung und Betreuung für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf (§ 28b Abs. 2 SGB III) ...	163
3.	Zusammenarbeit der Bundesagentur mit den Kommunen wegen kommunaler Eingliederungsleistungen für junge Menschen (§ 28b Abs. 3 S. 1 und S. 3 SGB III)	166
4.	Zusammenarbeit der Bundesagentur mit den Jugendhilfeträgern zwecks umfassender Beratung (§ 28b Abs. 3 S. 2 SGB III)	167
5.	Zusammenarbeit der Bundesagentur mit den Kommunen wegen kommunaler Eingliederungsleistungen für Erwachsene (§ 28b Abs. 4 SGB III)	168
V.	Förderung schwer zu erreichender junger Menschen (§ 31b SGB III)	168
VI.	Sonstige Änderungen im SGB III (§§ 22, 27, 31a, 48a, 368, 368a, 460 SGB III)	170
	Stichwortverzeichnis	173

Abkürzungsverzeichnis

aA	andere(r) Ansicht/Auffassung
AA	Auswärtiges Amt
Abs.	Absatz
aF	alte Fassung
AGSG	(Bayerisches) Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze
aM	andere Meinung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHO	Bundshaushaltsordnung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMinWK	Bundesministerium für Wissenschaft und Kultur
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BReg	Bundesregierung
BSG	Bundessozialgericht
BSIG	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und über die Sicherheit in der Informationstechnik von Einrichtungen (BSI-Gesetz)
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
dh	das heißt
Drs.	Drucksache
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
E	Entwurf
e.V.	eingetragener Verein
EGovG	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung
etc	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
f., ff.	folgende Seite bzw. Seiten
G	Gesetz
ggf.	gegebenenfalls

Grundsicherungs- geld-Gesetz	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialge- setzbuch und anderer Gesetze
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HZA	Hauptzollamt
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
insbes.	insbesondere
iSd	im Sinne des/der
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
Lit.	Literatur
lit.	litera
LSG	Landessozialgericht
maW	mit anderen Worten
Mio.	Million(en)
mwN	mit weiteren Nachweisen
mWv	mit Wirkung vom
NEETs	Not in Education, Employment or Training
nF	neue Fassung
NKRG	Gesetz zur Einrichtung eines Nationalen Normenkontrollrats
Nr.	Nummer
NRK	Nationaler Normenkontrollrat
o.	oben, oder
PAT	Passiv-Aktiv-Transfer
Rn.	Randnummer
S.	Seite(n), Satz
s.	siehe
s. auch	siehe auch
s. oben	siehe oben
s. unten	siehe unten
SG	Sozialgericht
sog.	sogenannt
ua	und andere, unter anderem
UN-KRK	UN-Kinderrechtskonvention
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
v.	vom, von
vgl.	vergleiche

YouConnect	IT-System zum Datenaustausch am Übergang Schule-Beruf der Bundesagentur für Arbeit
zB	zum Beispiel
zT	zum Teil

Literaturverzeichnis

- Becker, Pläne im Sozialleistungsverhältnis, SGB 2024, 317–326.
- Borrs, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Berichte 15/2016: Jugendberufsagenturen und die Vermittlung von jungen Erwachsenen in Ausbildung und Arbeit.
- Brand (Hrsg.), Sozialgesetzbuch Arbeitsförderung – SGB III, Kommentar, 10. Aufl. 2026 (zit.: Brand/Bearbeiter SGB III).
- Bruckmeier/Sommer/Bernhard/Wiemers, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bewertung und Relevanz der Karenzzeit beim Vermögen im Bürgergeld, IAB-Forschungsbericht 14/2025.
- Ehmann/Karmanski/Kuhn-Zuber (Hrsg.), Gesamtkommentar Sozialrechtsberatung, 3. Aufl. 2023 (zit.: GK-SRB/Bearbeiter).
- Eicher, Die Leistungen des Arbeitsförderungsrechts des SGB III als Wundertüte, jM 2025, 69.
- Eichenhofer, Sozialrecht, 13. Aufl. 2024.
- Eppig/Hillgruber, BeckOK Grundgesetz, Kommentar, 64. Ed. 2025 (zit.: BeckOK GG/Bearbeiter).
- Geiger, Die Neuregelungen zum SGB III in 2024, info also 2024, 16–19.
- Gerhard, Klaus-Uwe, Ein Bürgergeld für alle? – Geschichte und Zukunft eines liberalen Vorschlags, 2025.
- Hauck/Noftz/Voelzke (Hrsg.), Sozialgesetzbuch SGB II, Loseblatt-Kommentar, Stand März 2026 (zit.: Hauck/Noftz/Bearbeiter SGB II).
- Herbe/Palsherm, Das neue Bürgergeld, 2023 (zit.: Herbe/Palsherm Neues Bürgergeld/Bearbeiter).
- Hökendorf/Jäger, Der neue Kooperationsplan im Bürgergeld-Gesetz, info also 2023, 13–17.
- Hökendorf/Wersig, Der Ersatz der Eingliederungsvereinbarung durch Verwaltungsakt, info also 2015, 147–151.
- Kern, Kooperationsplan im Bürgergeldgesetz – eine unverbindliche Zielvereinbarung?, NZS 2023, 81–87.
- Kern/Körtek, Die geplante Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsförderung im Überblick, info also 2024, 248–257.
- Knickrehm/Roßbach/Waltermann (Hrsg.), Kommentar zum Sozialrecht, 9. Aufl. 2025 (zit.: Knickrehm/Roßbach/Waltermann/Bearbeiter).
- Köppen/Bernhard/Röhler/Senghaas, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sanktionierbarkeit aus Sicht von Leistungsberechtigten, IAB-Forschungsbericht 4/2025.
- Küstermann/Eikötter, Existenzsicherungsrecht für die Soziale Arbeit, 2024.
- Luik/Harich (Hrsg.), SGB II, Kommentar, 6. Aufl. 2024 (zit.: Luik/Harich/Bearbeiter).
- Luthe, Der vollständig automatisierte Erlass eines Verwaltungsaktes nach § 31a SGB X, SGB 2017, 250–258.
- Palsherm/Walther, Datenschutz und Schweigepflicht in der sozialpsychiatrischen Arbeit, 2023.
- Rolfs/Giesen/Meißling/Udsching (Hrsg.), BeckOK Sozialrecht, Kommentar, 80. Ed. 1.3.2026 (zit.: BeckOK SozR/Bearbeiter).
- Rolfs/Jox (Hrsg.), beck-online.GROSSKOMMENTAR SGB VIII, Stand 1.11.2025 (zit.: BeckOGK/Bearbeiter SGB VIII).
- Rolfs/Knickrehm/Deinert (Hrsg.), beck-online.GROSSKOMMENTAR (Gagel) SGB II, Stand 1.5.2023 (zit.: BeckOGK/Bearbeiter SGB II).
- Rolfs/Knickrehm/Deinert (Hrsg.), beck-online.GROSSKOMMENTAR (Gagel) SGB III, Stand 1.9.2020 (zit.: BeckOGK/Bearbeiter SGB III).

- Rolfs/Körner/Krasney/Mutschler (Hrsg.), beck-online.GROSSKOMMENTAR (Kasseler Kommentar) SGB I, Stand 1.8.2019 (zit.: BeckOGK/Bearbeiter SGB I).
- Rolfs/Körner/Krasney/Mutschler (Hrsg.), beck-online.GROSSKOMMENTAR (Kasseler Kommentar) SGB X, Stand 15.8.2024 (zit.: BeckOGK/Bearbeiter SGB X).
- Schels, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Hilfebezug in jungen Jahren verfestigt sich viel zu oft, IAB-Kurzbericht 22/2008.
- Schlegel/Voelzke/Bittner (Hrsg.), juris PraxisKommentar SGB II, 5. Aufl. 2020, 1. Überarbeitung (Stand: 9.3.2026) (zit.: jurisPK-SGB II/Bearbeiter).
- Schlegel/Voelzke/Schubert (Hrsg.), juris PraxisKommentar SGB III, 3. Aufl. 2023 (Stand: 1.10.2025) (zit.: jurisPK-SGB III/Bearbeiter).
- Schwarz, Rahel, Das Neue Bürgergeld, NDV Heft 1/2023, 7–12.
- Staiger, Martin, Nicht-, Minder- und Fehlinanspruchnahme von Sozialleistungen, 2025.
- Waltermann, Raimund ua, Sozialrecht, 16. Aufl. 2025.
- Wiesner/Wapler (Hrsg.), SGB VIII, Kommentar, 7. Aufl. 2026 (zit.: Wiesner/Wapler/Bearbeiter).

§ 1 Einleitung

Drei Jahre und sechs Monate und für einen Teil der Vorschriften sogar nur drei Jahre **nach Inkrafttreten des Bürgergeld-Gesetzes**¹ wird das Sozialgesetzbuch Zweites Buch wiederum einer größeren Reform durch das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze unterworfen. Man mag daran erstaunlich finden, dass die in § 55 SGB II vorgesehene Wirkungsforschung zum Bürgergeld-Gesetz nach den gesetzlichen Vorgaben und dem Plan des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vollständig erst bis Ende 2026 veröffentlicht werden soll.²

Explizit wird diese – frühzeitige – **Neugestaltung** des SGB II **vor** dem Vorliegen der vollständigen empirischen Befunde dazu, ob die Neuregelungen durch das Bürgergeld-Gesetz überhaupt die erhofften Wirkungen zeigen, vom Gesetzgeber **damit begründet**, dass die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt „herausfordernder und vielschichtiger“ geworden seien.³ Konkret wird eine „anhaltende konjunkturelle Stagnation“ und „umfassende strukturelle Anpassungen in vielen Wirtschaftszweigen“ mit „erheblichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt“ diagnostiziert. Die „gestiegene Langzeitarbeitslosigkeit [sei] bedenklich“ und setze „die Grundsicherung für Arbeitsuchende unter Druck“. Zur Erfüllung ihrer Funktion im Arbeitsmarkt brauche sie „klare, durchsetzbare Regeln und die Mitwirkungsbereitschaft aller erwerbsfähigen Menschen“. Die Grundsicherung sei nämlich nur dann akzeptiert, „wenn es für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist, dass es gerecht zugeht und nur diejenigen Unterstützung erhalten, die diese wirklich benötigen“. Daraus schlussfolgert der Gesetzgeber, dass „das Verhältnis zwischen Unterstützung und Mitwirkung, zwischen Solidarität und Eigenverantwortung immer wieder zu überprüfen und neu auszubalancieren“ ist.

Damit ist der aus Betroffenenansicht durchaus **restriktive „Tonfall“ für die Veränderungen** durch das Änderungsgesetz vorgegeben, die in den folgenden Kapiteln dieses Handbuchs detailliert erläutert werden.

Das **Gesetzgebungsverfahren** des „Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze“ – im Folgenden **Grundsicherungsgeld-Gesetz** genannt – ist – auch im Vergleich zum Bürgergeld-Gesetz – ohne größere Verzögerungen durchgeführt worden. Hier soll ein kleiner **Überblick** dazu gegeben werden:

- Ein erster Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde bereits im November 2025 im Internet veröffentlicht.⁴

1 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze Einführung eines Bürgergeldes (Bürgergeld-Gesetz), vgl. BGBl I 2022, S. 2328.

2 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bürgergeld-Reform: Evaluationsprogramm des IAB, IAB-Forschungsbericht 6/2023, erhältlich unter <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2023/fb0623.pdf>.

3 Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drs. 21/3541, 34 (auch zu den folgenden wörtlichen Zitaten aus der Gesetzesbegründung in diesem Absatz).

4 Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, erhältlich unter: https://bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwurfe/13-gesetz-zur-aenderung-sbb-ii-und-anderer-gesetze.pdf?__blob=publicationFile&v=1.